

Pressemitteilungen 2003

8.11.03 Eidgenössische Abstimmungen 8. Februar 2004 - Parolen

JA zur Verwahrung von gefährlichen Sexualstraftätern!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat an seiner Sitzung in Aarau folgende Parolen beschlossen:

NEIN zum Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative

Der Gegenvorschlag durchlöchert die Alpen-Initiative, welche vom Volk angenommen und von den SD unterstützt wurde. Anstatt mehr internationalen Transitverkehr auf die Schiene zu bringen, sollen nun wieder Strassen ausgebaut werden mit Geld, das schlicht und einfach nicht vorhanden ist (siehe riesige Schuldenlast des Bundes!). Durch neue Strassen soll weiteres wertvolles Kulturland unter Beton verschwinden. Der Schutz der Alpen und der Alpentäler ist demgegenüber höher zu gewichten. Zudem können all die Vorhaben nur mit wieder mehr Fremdarbeitern, die man zu diesem Zweck ins Land holen muss, erstellt werden. Dies lehnen die Schweizer Demokraten ab.

NEIN zu höheren Mieten!

Die SD lehnen die unsoziale neue Regelung, womit die Mieten künftig an den Landesindex der Konsumentenpreise angehängt werden sollen ab. Dies bedeutet mittelfristig immer höhere Mieten, was vor allem für Leute mit kleineren Einkommen negativ zu Buche schlägt. Die geplante Regelung, wonach Vergleichsmieten herangezogen werden können, wenn es um die Neubewertung der Mieten geht, ist tendenziell ebenfalls mietpreissteigernd.

JA zur lebenslangen Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter

Mit aller Kraft werden die Schweizer Demokraten diese Volksinitiative unterstützen. Es darf nie mehr vorkommen, dass entsprechende Täter frühzeitig aus der Haft entlassen und nachher wieder rückfällig werden. Die Justiz ist in Fällen von schweren Gewalt- und Sexualverbrechen viel zu weich. Eine Verschärfung der Gesetzgebung drängt sich auf, nachdem in den letzten Jahren leider auch eine Verrohung der Sitten festgestellt werden muss. Schwere Sexualverbrechen sind unentschuldig. Schlimm wiegt es auch, dass immer mehr Kinder und Jugendliche betroffen sind. Der Opferschutz ist endlich über den Täterschutz zu stellen.

SD bleiben Nationalratspartei

Mit Genugtuung hat der SD-Zentralvorstand zur Kenntnis genommen, dass die SD weiterhin im Nationalrat vertreten sind. Es ist auch künftig mit den SD zu rechnen. Die Stimmenverluste gaben im Zentralvorstand allerdings viel zu reden. Man hat beschlossen, die Partei im Laufe des nächsten Jahres neu zu organisieren, zu modernisieren und schlagkräftiger aufzubauen. Zu diesem Zweck werden neue politische und organisatorische Strategien entwickelt.

6.9.03 SD starten Wahlkampf

Die Schweizer Demokraten (SD) haben mit einem kleinen Parteitag heute Samstag in Bern-Bümpliz ihren Auftakt in den Wahlkampf 2003 zelebriert. Genau wie vor vier Jahren **kandidieren die SD in**

zehn Kantonen mit einer Stammliste (AG, BE, BL, BS, LU, NW, TG, SG, VD und ZH) sowie in den Kantonen Aargau und Bern erstmals auch zusätzlich mit einer Liste der Jungen Schweizer Demokraten (JSD). Die JSD-Liste soll insbesondere das wachsende rechts-konservative Wählersegment mobilisieren. SD-Mandatsgewinne werden insbesondere in den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Land und Zürich angestrebt.

Folgende Wahlkampfthemen stehen für die SD im Vordergrund: Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten (gleichlautende Initiative lanciert), Verhinderung der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf neue EU-Staaten, SD-Referendum gegen die Liberalisierung des Einbürgerungsrechts, Kampf der Kriminalität, Eindämmung der Staatsverschuldung, Absicherung der Sozialwerke, Einführung von griffigen Gesetzen gegen «Wirtschaftsabzocker», absoluter Schutz und Vorrang der Einheimischen auf allen Ebenen.

Fernsehen zensuriert SD-Werbespot

Mit Unverständnis haben die SD-Delegierten davon Kenntnis genommen, dass das Schweizer Fernsehen Inhalte aus dem am kommenden Mittwoch, 10. September 2003, ausgestrahlten SD-Werbespot zensuriert haben. Insbesondere ein sattsam bekanntes Ausländer-Stabilisierungsversprechen von Frau Bundesrätin Ruth Metzler (Zitat: «Die Diskussion hat gezeigt, dass Sie mir in der Ausländerpolitik für die Zukunft vertrauen können»), ausgesprochen in der Arena-Sendung zur 18 %-Initiative, durfte nicht gesendet werden. Damit hat sich das Schweizer Fernsehen einmal mehr als ein reines Hofberichterstattemedium der Regierungsparteien entpuppt. Die SD vertrauen Frau Metzler natürlich nicht und werden sich auch weiterhin gegen die verfehlte Ausländer- und Asylpolitik zur Wehr setzen.

13.7.03 Skandal-Bundesgerichtsentscheid zu Einbürgerungen Tiefschlag für die Demokratie

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit Unverständnis und Bestürzung vom Entscheid des Bundesgerichts in Sachen Zuständigkeit für Einbürgerungen Kenntnis. Die Begründung, wonach eine Einbürgerung einen Verwaltungsakt und nicht einen politischen Entscheid darstellt, kann keinesfalls akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass auf diese Weise durch die Hintertüre ein Recht auf Einbürgerung eingeführt wird. Mit diesem Entscheid stellt das Bundesgericht das Fundament der direkten Demokratie in Frage. Die Stimmbürger werden diese von oben diktierte Beschneidung ihrer Rechte nicht gefallen lassen. Die SD sind bereit, zusammen mit anderen Parteien und Organisationen nötigenfalls mittels einer Verfassungsänderung gegen diesen skandalösen Einbürgerungsentscheid entgegenzutreten und somit dem Anfang vom Ende der Volksherrschaft einen unmissverständlichen Riegel schieben.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

(Das Bundesgericht hat am 8. Juli 2003 verfügt, dass Einbürgerungsentscheide künftig nicht mehr an Gemeindeversammlungen und an der Urne gefällt werden dürfen.)

5.5.03 SD gegen Bilaterale II und freien Personenverkehr im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern den unverzüglichen Abbruch der bilateralen Verträge II mit der EU, weil sie für unser Land mit schweren Nachteilen verbunden sind. Insbesondere die geplanten

Grenzöffnungen (Schengener-Abkommen) und die Preisgabe des Bankkundengeheimnisses können für die SD niemals hingenommen werden. Auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf osteuropäische Staaten kommt für die SD nicht in Frage. Bereits jetzt führen die SD mit politisch ähnlich ausgerichteten Organisationen Gespräche über ein allfälliges Referendum.

Einmal mehr fordern die SD den Bundesrat eindringlich auf, das EU-Beitrittsgesuch zurückzuziehen und so den eindrücklichen Volksentscheid vom 4. März 2001 zu respektieren, wonach 77% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie alle Kantone einen EU-Beitritt ablehnten.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

26.4.03 SD für Atominitiativen und für Sonntags-Initiative!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat in Bern folgende Parolen für den 18. Mai 2003 beschlossen:

Ja zur Initiative „Strom ohne Atom“
Ja zur Initiative „Moratorium Plus“

Ausschlaggebend für die Zustimmung sind vor allem das ungelöste Atomabfallproblem sowie die Tatsache, dass jeder Mensch Fehler machen kann und folglich auch schwere Unfälle mit Atomkraftwerken immer möglich sind. Diese Hypothek wollen wir den kommenden Generationen nicht aufbürden. Zudem hat eine deutsche Studie vor 2 Wochen aufgezeigt, dass auch westliche Atomkraftwerke nicht terrorsicher sind! Anstatt in die veraltete Atomtechnologie zu investieren, sind die Forschungsmilliarden in naturfreundliche, ökologisch sinnvolle Energiegewinnungsmethoden zu stecken. **Die Parole richtet sich auch gegen den grenzenlosen Wachstumswahn, der nur mit immer mehr Energie und immer mehr Ausländern bewerkstelligt werden kann!**

Nein zum Militärgesetz (Armee XXI)
Nein zum Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz
Stimmfreigabe zur „Mieter-Initiative“

Ja zur „Sonntags-Initiative“

Ja stimmen, damit wenigstens vier Mal im Jahr der Sonntag wieder zum Sonntag wird. Für einige wenige Tage mehr Lebensqualität, weniger Stress und für alle und weniger gehetzt durchs Leben gehen...

Nein zur „Gesundheitsinitiative“
Nein zur Initiative „Gleiche Rechte für Behinderte“
Nein zur „Lehrstellen-Initiative“

10.4.03 Nationalstadion soll weiterhin «Wankdorf» heissen

SD-Nationalrat Bernhard Hess reicht Postulat ein

Die Schweizer Demokraten (SD) bedauern, dass der Name für das neue Nationalstadion in Bern nicht mehr den altherwürdigen Namen «Wankdorf» trägt, sondern offiziell «Stade de Suisse» heissen soll.

Deshalb wird der Berner SD-Nationalrat Bernhard Hess in der bevorstehenden Sondersession einen Vorstoss einreichen, der verlangt, dass der fest verankerte Name «Wankdorf» mindestens als Zusatz zu «Stade de Suisse» ergänzt wird.

Begründet wird das SD-Postulat zur Namensergänzung auch damit, dass der Bund an der Realisierung des Nationalstadions in Bern mit einem namhaften Betrag beteiligt ist und der Bundesrat deshalb dahingehend intervenieren soll, dass der altherwürdige, festverankerte, fussballhistorische Name «Wankdorf» auch künftig den Namen des Sportstadions trägt. Nur so könne den vielen schönen Erinnerungen und Gefühlen von zahlreichen – nicht nur Berner – Fussball- und Sportfreunden gebührend Rechnung getragen werden.